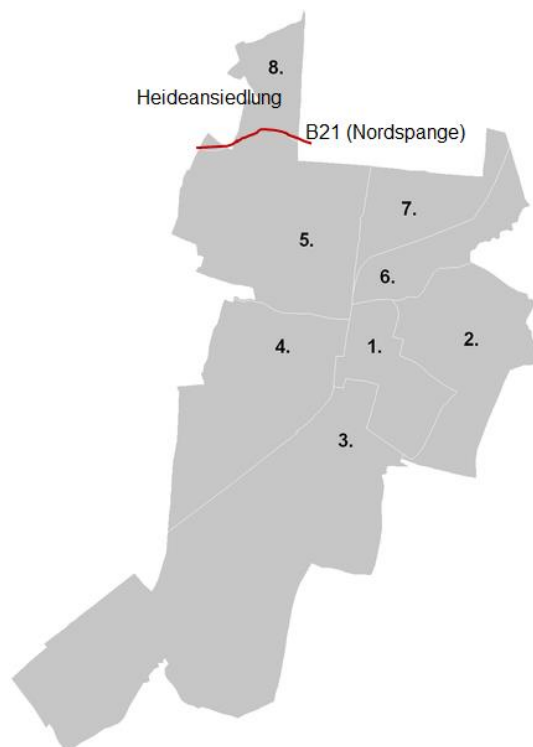


EINGRIFFS-/AUSGLEICHSKOMPENSATIONEN: OFFENE FORDERUNGEN



Bilanz der Bürgerinitiative
HEIDEANSIEDLUNG 06/2022

<http://www.heideansiedlung.at/>

Inhaltsverzeichnis

Sachverhalt.....	2
Das rechtsstaatliche Prinzip unterscheidet uns vom Polizeistaat.....	3
Eingriffs-/Ausgleichsregelungen in Österreich (Stand 10/2020).....	4
Eingriffs-/Ausgleichskompensationen für die Heideansiedlung (Stand 2021)	4
Niederösterreichs Granden-Politik	5
Chronologie der Desintegration der Heideansiedlung	7
Land und Stadt setzen sich über Regeln und Normen hinweg	8
Schwere Enttäuschung	8
Fazit.....	9
Der Norden ist noch wie in der DDR-Zeit	9
Die Desintegration der HA ist einzigartig in Österreich	10
Keine Chance für einen Ortsbeirat	10
Das Problem lässt sich offenbar nur von der Judikatur lösen	11

Walter Linshalm Gründungsmitglied der Bürgerinitiative HA Gutensteiner Straße 112, 2751 Wiener Neustadt E-Mail: walter.linshalm@smlt.at	
--	--

SACHVERHALT

Die Zukunft der Heideansiedlung (kurz HA) wurde in den 1970er besiegelt, als das Land NÖ die Zusammenlegung mit Steinabrückl verhinderte und in Folge Ermessensfehler passierten. Heute ist die HA nur über fremdes Gemeindegebiet erreichbar (die Gemeindestraße wurde eingestellt) und eine Minderheit ohne Chance auf Reintegration. Bei den Lebensverhältnissen gibt es weder eine Gleichwertigkeit mit Wiener Neustadt (kurz WN) noch mit dem benachbarten Wöllersdorf-Steinabrückl (WÖST), wohl aber bei den Gemeindegebühren: Sie lagen 2012 um ca. 70 Prozent höher als in Steinabrückl, woher die Basis-Leistungen bezogen werden. Als uns dann noch der Zugang zum KIGA in Steinabrückl entzogen wurde, rückte eine *Bürgerinitiative* die Situation ins öffentliche Licht. In einer parteipolitisch organisierten Versammlung bezeichnete der Bürgermeister die Initiatoren als „Abtrünnige“ und ließ unsachlich und undemokratisch abstimmen. Ohne die eigenen Versäumnisse anzusprechen, ließ die Stadt unsere Kleinkinder von einem Shuttlebus in den 8km entfernten KIGA am Anemonensee bringen, bis etwas später von Gesetzes wegen ein Container-KIGA errichtet werden musste (5 Jahre zuvor hat die Stadt eine Wohnhausanlage mit 48 Einheiten eröffnet, ohne die fehlende soziale Infrastruktur in der Heideansiedlung zu berücksichtigen). Im Wahlkampf 2015 erhielt die *Bürgerinitiative* Unterstützung von der Opposition. Auch der neu kandidierende Bürgermeister versprach „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“, also wurde guten Glaubens der Abschaffung des „eingesetzten“ Ortsvorstehers zugestimmt und ein Ortsbeirat gewählt. Ein Teil des Ortsbeirates konnte kurz darauf in der Arbeitsgruppe HAre mitarbeiten, die im Auftrag des Gemeinderats ein Relaunch-Konzept erstellen sollte.

Mit viel Engagement, örtlichem Wissen und methodischem Vorgehen wurden im Frühjahr 2017 von der Arbeitsgruppe dem Gemeinderatsausschuss 3 Lösungsvorschläge vorgestellt:

- ▶ „Wie bisher, aber Nachlässe auf die Gemeindeabgaben“ (Ausgleichsregelung)
- ▶ „Abtreten an Wöllersdorf-Steinabrückl“ oder
- ▶ „Reintegration des Stadtbezirks“ (Relaunch).

Der GR-Ausschuss entschied sich für „Heideansiedlung-Relaunch“. Die Anträge wurden dem Magistratsdirektor zur Weiterleitung an das Stadtentwicklungsteam (STEP 2030) übergeben, landeten aber in der Schublade.

Erst nach Urgenz bei der Landeshauptfrau veranlasste der Bürgermeister in einem Gespräch am 19.12.2018, dass auch die HA im STEP 2030 enthalten sein soll. Gleichzeitig stellte er uns die Möglichkeit einer Abtretung der HA an Wöllersdorf-Steinabrückl in Aussicht (heißt: nach fast 50 Jahre lang abgezockt werden sollen wir uns vertschüssen, damit kann sich der Bürgermeister die Kosten für die Reintegration ersparen)!

Das ist nicht die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die wir meinen

2021 wurde der Stadtentwicklungsplan veröffentlicht - und der Relaunch der HA war NICHT enthalten. Der Bürgermeister bemüht sich also NICHT die Gleichstellung eines Stadtteiles zu erreichen, obwohl Anträge aus der HAre-Gruppe des Gemeinderats vorliegen und andere Beiträge im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung abgegeben wurden (Furlani-Plan). Man stellt auch die 9-jährige Arbeit der Bürgerinitiative einer Mitarbeit in einer Abendveranstaltung gleich und findet es der Mühe nicht der Mühe wert, gezielt zu informieren.

Das ist die Haltung einer Politik, die über dem demokratischen Verständnis steht

Viele Menschen haben die Spielart von Politikern durchschaut und ein Antikorruptionsbegehren gestartet, damit Machtmissbrauch abgestellt wird. Deshalb meine ich auch, dass der Fall Heideansiedlung nur vom VwGH gelöst werden kann, da alle Beteiligten Behörden ihre Fehler nicht eingestehen bzw. nicht den Mut für klare Entscheidungen haben. Als Beschwerdeführer bietet sich die Volksanwaltschaft an, die auch gegen die Fehler der Landesverwaltungsebene auftreten kann.

Das rechtsstaatliche Prinzip unterscheidet uns vom Polizeistaat

Jüngstes Beispiel: Um sich das Rasenmähen zu ersparen, definiert das Stadtgartenamt unsere Straßengräben einfach als Blumenwiesen. Dass es im unmittelbaren Vergleich mit Steinabrückl wie ungepflegt aussieht, ist egal, sind wir doch nur die Heideansiedlung, wo man das so machen kann.

SO KANN ES ABER NICHT SEIN, dass die Verwaltung permanent macht, was sie für richtig hält und die Politiker immer wieder von „unserer“ HA reden. Deshalb konkretisieren wir unsere Beschwerden jetzt mit Gesetzen:



- » keine Berücksichtigung von Ausgleichsmaßnahmen für die Eingriffe der B21 und Mülldeponie in der Stadtentwicklung (rechtsstaatliches Prinzip)
- » enge Siedlungsgrenzen, keine öffentlichen Reserven (Entwicklungsrecht auf Infrastruktur/Prosperität)
- » keine naturschutz-/landschaftsgestaltenden Maßnahmen (Lebensraumrecht)
- » keine Sicherung der Gleichstellungs-Rechte (Überlandzuschläge bei Bus/Taxi, keine Lieferungen wegen Verlassen der Stadtgrenze etc.)
- » das Recht auf Politikerinnen und Politiker, deren Handeln sich am Gemeinwohl ausrichtet und fehlerhafte Entscheidungen korrigiert (Relaunch der HA)

Eingriffs-/Ausgleichsregelungen in Österreich (Stand 10/2020)

Die Voraussetzungen innerhalb Österreichs könnten nicht schwieriger sein, um eine gemeinsame Lösung für den naturschutzrechtlichen Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft anzustreben: Die neun verschiedenen Naturschutzgesetze (ein Rahmengesetz gibt es nicht) sind nicht nur durch unterschiedliche Begrifflichkeiten und Regelungen gekennzeichnet, einige sehen diesen Aspekt in ihrer Naturschutzgesetzgebung gar nicht vor.

Die Eingriffs-/Ausgleichsregelung scheint aber im Sinne der nachhaltigen Wirkung auf die Eingriffe im Grünland in ganz Österreich ein patent Instrument zur Konfliktminimierung zu sein. Ob NÖ die Implementierung in das Rechtssystem zulässt, lässt sich (Stand 10/20) nicht sagen (Salzburg hat das Gesetz schon geändert). Auf jeden Fall hätte eine gesetzliche Eingriffs-/Ausgleichsregelung dem Landschaftsbild des Steinfelds längst gutgetan und viel Ärger durch Korruption erspart. Die größten Verursacher dabei waren die Großinfrastrukturprojekte „Abfallbehandlung für 36 Gemeinden“ und die „Nordspange“ (B21) mit den damit verbundenen Folgewirkungen für die HA (Zerschneidung der funktionalen Zusammenhänge), sowie dem Verdrängen von naturnahen Lebensräumen zu Gunsten der Gewinnung von Kies – ohne entsprechende Auflagen zum Rückbau.

Eingriffs-/Ausgleichskompensationen für die Heideansiedlung (Stand 2021)

Spätestens vor dem Bau der Wohnsiedlung in der William-Congreve-Straße, wo der letzte öffentliche Grund verbaut wurde (der KIGA musste später auf einem Pachtgrund errichtet werden) hätte die Stadtpolitik sich mit den Verkehrs- und Infrastrukturanforderungen beschäftigen müssen (auch der Natur- und Umweltschutz war zu dieser Zeit schon ein raumbestimmender Faktor).

Da die HA nicht nur ein entlegener Ortsteil, sondern auch eine Minderheit*) ist, können sich die Bürgermeister unbekümmert über die Ungleichstellung (Überlandtarif bei Bus und Taxi, kein durchgehendes Gemeindestraßennetz, sichere Übergänge/Radwege etc.) hinwegsetzen.

Größtes Asset der Heideansiedlung ist der Freiraum. Er liegt aber brach, da der Schotter nur abgebaut wurde*). Auch wenn sich 2020 der Bürgermeister für den „nachhaltigen Umgang mit Boden und der sozial gerechten Landnutzung“ ausgesprochen hat, war es nicht ernst gemeint, denn kurze Zeit später wurde die HA wieder von der Stadtplanung ausgenommen. So, als ob sie gar nicht zu Neustadt gehören würde oder die Anwohner KEIN starkes Bekenntnis zur Integration abgegeben hätten.

*) Dass die HA eine Minderheit blieb, liegt an der Zusammenlegung von Wöllersdorf-Steinabrückl durch das Land NÖ, das die Situation der HA nicht berücksichtigte

*) Durch die Kiesgewinnung/Betonverarbeitung (150 ha), die Mülldeponie (30 ha) und die Nordspange entstehen in der HA die höchsten Immissionswerte aller Stadtbezirke. Eine dementsprechende Landschaftsplanung in Verbindung mit einem modernen Verkehrssystem wäre ein guter Ansatz gewesen, um den CO₂ Austausch kurzfristig zu reduzieren, die Lebensqualität der ganzen Stadt mittelfristig verbessern und die HA zum integrierten Stadtteil machen.

Niederösterreichs Granden-Politik

Der Versuch, mit Kiosken Leben in die Innenstadt zu bringen war entbehrlich, die klassischen Innenstadtgeschäfte sterben weiter aus. Natürlich liegt das an den drei Einkaufszentren am Stadtrand, wo man keine Parkplätze suchen muss oder Parksheriffs Stress machen. Und natürlich kommen dort auch Menschen aus den umliegenden Gemeinden her und sichern Arbeitsplätze, aber die Stadt muss von einer anderen Wertschöpfung belebt werden, als nur vom Handel (WN hat das niedrigste Durchschnittseinkommen vom Industrieviertel und eine der höchsten Arbeitslosenraten von ganz Österreich). Wie Wiener Neustadt solche Investoren anzieht, dachte ich, weiß die „Wirtschaftspartei“. Andere Städte machen das mit „urbanen“ Attraktionen, die auf den Bedarf bestimmter Startups zugeschnitten sind und positionieren sich als innovativ und liebenswert (Werbung für ein „Wohnzimmer“ am Hauptplatz machen, meine ich damit aber nicht).

Gerade eine Stadt mit eigenem Statut sollte die Führungskompetenzen haben, zuerst an Eingangsbereich, Küche, Bad und Arbeitszimmer zu denken, bevor man ins „Wohnzimmer“ geht (ein Prestigeprojekt, das dann eigentlich nicht scheitern darf). Stellvertretend für den vernachlässigten Eingangsbereich möchte ich die Nordspange ansprechen, die ja die ganze Vorstellungskraft unserer Politik widerspiegelt: Da zieht das Land NÖ einen tiefen Graben durch das Stadtgebiet und wartet ab, was passiert. Rund 20 Jahre lang lässt man die Menschen durch eine Schottergrube fahren und wundert sich, warum heute Fremde nicht einmal zum Tanken stehen bleiben. Damit meine ich nicht nur Tages-Touristen, sondern vielmehr Unternehmer, die uns zukunftsorientierte Wertschöpfung bringen sollten.

Das Land hat auch Gemeinden per Verordnung zusammengelegt ohne ihre Auswirkung auf die HA abzuchecken. Und sie hat es auch zugelassen, dass sich Neustadt immer mehr verschuldete. Erst als der Zeitpunkt richtig war – wurde „ihr“ Bürgermeister mit viel Glanz und Gloria und Landesförderung zurückgeschickt. Leider verstehen die Menschen nicht, dass sie die Zeche für die Verzögerungen zahlen.

Unternehmen haben NICHT so lange Zeit, sie ziehen woanders hin, denn die Rahmenbedingungen, bieten heute eh schon alle Dörfer gleich an (und verbetonieren dabei gewaltige Verkehrsflächen).

Aber es Stärken die nur Neustadt hat und Unternehmen die echte Zukunftsprodukte entwickeln Vorteile brächten. Man muss ihnen nur unbürokratisch Testmöglichkeiten für ihre Produkte ermöglichen und Freizeitfaktoren für ihre Mitarbeiter schaffen, wie man es seinerzeit im Silicon Valley gemacht hat. Soweit denkt der Bürgermeister nicht, dafür ans Verwalten und Hubschrauber-Einsatzstellen. Die bringen aber keine neuen Arbeitsplätze, sondern nur Abgase und Lärm (betrifft nur den Norden inkl. Bad Fischau und Wöllersdorf-Steinabrückl).

Und da auch viel mehr Wohnungen als nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden, ist das Einzige das ansteigt, der Verkehr (fahren Sie einmal von der HA Richtung Sorelle-Ramonda-Kreisverkehr). Aber den Bürgermeistern wird das Bauen von „Schlafstädten“ ja nahegelegt, bekommen sie doch für jeden Zuzügler Geld aus dem Steuertopf (das simple Steuerungssystem der alten Politik). Viel besser wäre es, wenn das Land sagen würden „Neustadt wird eine „Wissensstadt“ und bekommt Budget-Verantwortung“. Dazu fokussiert WN seine öffentlichen Input-Faktoren auf ein Zukunftsthema (zB „Green Logistic“) und überzeugt Startups, sich bei uns anzusiedeln - und nicht vielleicht in Wien oder Krems. Das setzt eine neue Art von Politiker voraus, die mit voller Kraft in Megatrends einsteigen (Globalisierung, Digitalisierung, Klimaschutz). Keine Granden-Politik, sondern Fachwissen und ein Politikverständnis, das dem 21. Jhdt. entspricht (Schnidahahn-Feste haben aber auch hier Platz).

Dass sich die LHF-Partei in der „schwersten Krise in ihrer Parteiengeschichte“ befindet und sich „an Haut und Haaren erneuern“ wird müssen (Fritz Plasser am 18.10.2021 bzw. die unzähligen neuen Fälle von schwerwiegendem Korruptionsverdacht in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen) würde auch für die HA gut passen. Viele Experten meinen ja ohnehin, dass es der beste Weg wäre, generell die Amtszeiten der Politiker auf 2 Perioden zu begrenzen, denn länger dienende Politiker halten sich für unersetzbar und klammern sich an ihr Amt, auch wenn sie ihren Zenit längst überschritten haben.

Die Brachflächen der HA hätten das Potential für Nahversorgung/-erholung und als Reallabor um Green Logistic zu testen. Leider ist es mit der Wirtschaftskompetenz in NÖ nicht weit her (neuerdings fährt die LHF nach USA um zu lernen, was für das Industrieviertel allemal besser ist, als sich auf Kameralistik, Bauernbund oder politische Marketingtalente zu verlassen). Fakt ist, man braucht Fachkompetenzen und politische Visionäre, die dem Industrieviertel Genüge tun. In Neustadt könnte man vieles, zukunftsorientiertes umsetzen. Man muss es schon heute angehen und nicht auf den Nachfolger warten (der das Gleiche tut, weil ...).

CHRONOLOGIE DER DESINTEGRATION DER HEIDEANSIEDLUNG

DIE FRAGE „WAS DENN DIE HEIDEANSIEDLUNG SEI“, wird schon seit rund 170 Jahren gestellt, da Wiener Neustadt (WN) die Versorgung der Ansiedlung mit Wasser/Abwasser, Schule, Kindergarten, Post, Kirche, Friedhof und Freizeitgestaltung immer Steinabrückl überlassen hat. Für den Neustädter Magistrat bequem, für die Anwohner schlecht: Als Minderheit blieben sie immer Bittsteller, denn kein von ihnen gewählter Mandatar vertrat ihr Recht auf Integration und Prosperität.

Eine Lösung der Situation schien in den 1970er möglich. Auslöser waren die in NÖ üblichen Gemeindezusammenlegungen und das Großinfrastrukturprojekt „Abfallbehandlung“.

Die damaligen Bürgermeister Barwitzius (WN) und Friedrich (Steinabrückl) waren sich bald einig. Steinabrückl sollte mit der Heideansiedlung statt mit Wöllersdorf zusammengelegt werden. Damit konnte WN die Mülldeponie bauen ohne die querende Gemeindestraße berücksichtigen zu müssen und Steinabrückl behält seinen eigenen Bürgermeister. Für die Anwohner wäre es zum damaligen Zeitpunkt ein Vorteil gewesen, da das kulturelle Leben ohnehin in Steinabrückl ablief und dort die Interessen des Ortsteils mit gewählten Gemeinderäten gewahrt wären.

Mit den Planungen begann WN sofort. Mit dem Auflösen der Gemeindestraße wurden die funktionalen Zusammenhänge mit WN gekappt, aber das hätte nicht gestört, da die HA zukünftig in Richtung Steinabrückl wachsen sollte.

Die verbleibenden 85 Prozent der Flächen der HA wurden mehrheitlich der Schottergewinnung gewidmet – leider mit Betriebsgenehmigungen ohne besondere Auflagen (die Presse sprach damals von „Schottermafia“).

Zur geplanten Angliederung der HA an Steinabrückl kam es aber nicht, da das Land NÖ die Zusammenlegung von Wöllersdorf und Steinabrückl per Verordnung entschied. Diese politische Entscheidung des Landes NÖ entzog der HA die Möglichkeit auf Prosperität und wirkt bis heute nach (enge Siedlungs- und Ortsgrenzen). WN zog sich aus dem Nord-Westen zurück und verkaufte seine Anteile am hiesigen Wasser-/Abwasserverband.

Auch die folgenden Stadtregerungen unternahmen KEINERLEI AKTIVITÄTEN um den nichtzustande gekommenen Deal mit Steinabrückl auszugleichen.



Land und Stadt setzen sich über Regeln und Normen hinweg

Weder Bgm. Müller noch Bgm. Schneeberger haben zu unseren Fragen „Exklave“ und „Prosperitätseinschränkung“ Stellung bezogen. Auch nach Vorliegen des STEP 2030 zeigt der Flächenwidmungsplan weiterhin die Abtrennung der HA durch die Nordspange, die fehlende Gemeindestraße und die engen Orts-/Siedlungsgrenzen auf.

Wenn sich die letzten Bürgermeister NUR an das rechtsstaatliche Prinzip gehalten hätten, wäre die HA zumindest so gut wie Steinabrückl entwickelt worden. So hat man aber nur die Ortsvorsteher „bei Laune gehalten“ und die Bewohner des Ortsteils NIE gefragt.

Raumplanung geht nur mit dem Land gemeinsam. Als beim Bau der Mülldeponie die Gemeindestraße eingestellt wurde, stimmte die Landesverwaltung zu. Ebenso als mit der Nordspange (B21) ein tiefer Trennungsgraben ohne sichere Übergänge für Fußgänger/Radfahrer/Wildwechsel durch das Stadtgebiet gezogen wurde. Beides schwerwiegende Eingriffe in die Natur und ohne Rücksicht auf die sozialen Bedürfnisse der Anwohner. Schlussendlich wurde auch noch DER LETZTE ÖFFENTLICHE GRUND in der HA mit Fördermittel des Landes mit einer Wohnhausanlage verbaut – ohne einen Kindergarten und eine leistungsfähige Busverbindung zu schaffen.

Das INDUSTRIEVIERTEL/STEINFELD scheint in Sachen Rekultivierung von Lebensraum für das Land NÖ überhaupt nicht so wichtig zu sein. Als man zu Beginn über die Nordspange in die Stadt fuhr, hatte man fast 20 Jahre lang den Eindruck, durch eine Schottergrube zu fahren. Man ließ das Begrünen der Natur über, schonte die „Schottergewinner“ und steckte die zweckgebundene „Schotter-Abgabe“ ein, statt eine Kulturlandschaft mit Bäumen und Sträuchern zu schaffen um ein positives Gefühl bei Besuchern und Einwohnern zu erzeugen.

Schwere Enttäuschung

Am 19.12.2018 hat Bgm. Schneeberger gemeint, er würde den Siedlungsteil der HA auch an Wöllersdorf/Steinabrückl abtreten, d.h. die Heideansiedler könnten sich von Neustadt verabschieden. Jetzt, nachdem man sie 50 Jahre ausgehungert hat, will man sich auch noch die Kompensation der Stadt-/Landespolitik-Fehler ersparen. Clever als Landesparteiobmann, menschenverachtend als WN Bürgermeister.

Diese Politik wäre wohl die größte Schande für Neustadt und darf von
DEN EINWOHNERN NICHT HINGENOMMEN WERDEN

Wenn Neustadt abtreten will, dann muss das ganze Gebiet nordwestlich der Nordspange (inkl. der Mülldeponie, die es wirtschaftlich wertvoll macht) abgetreten werden. Sonst wäre die HA wieder nur von der Willkür eines Bürgermeisters (dann WÖST) abhängig.

Auf jeden Fall müssten BEIDE Gemeinden einen konkreten Plan vorlegen und die Anwohner sachlich informieren und abstimmen lassen (die Anwohner ihrerseits sollten sich von einer Landesbehörde beraten lassen).

FAZIT

Alle Entscheidungen der Stadt-/Landespolitik bei Großprojekten hatten gravierende Nachteile für die Heideansiedlung, es wurden NIE Ausgleichshandlungen getroffen und es werden nach wie vor Bürgerrechte verletzt. Auch die Erwartungen vom Bürgermeisterwechsel 2015 wurden nicht erfüllt, zu gering ist der Erneuerungswunsch in NÖ. Spezifisches Problem der HA ist die Minderheit (nur ein Prozent der Wählerstimmen).

Die *beste Gelegenheit für Gleichwertigkeit gab es in den 1970er*, als die HA an Steinabrückl angegliedert werden sollte. Dort hätte sie heute 2 gewählte Gemeinderäte und wäre ein integrierter Ortsteil. In WN hingen vertreten vom Bürgermeister eingesetzte „Ortsvorsteher“ die HA. Sie waren von der Bevölkerung nicht gewählt und hatten kein Stimmrecht im Gemeinderat. Das alles hat die Bürgerinitiative ab 2012 noch der SPÖ Alleinregierung aufgezeigt.

Nach 2015 versuchte es die „bunte“ Regierung mit einem gewählten Ortsbeirat, der zwar Lösungsvorschläge vorlegen durfte, aber beim Bürgermeister kein wirkliches Gehör fand. Als Erfolg des Ortsbeirats kann man vielleicht den Container-Kindergarten sehen, in dem auch monatlich Bürgersprechstunden abgehalten werden, sowie die leistungsfähigere WNSKS Busverbindung, für die im Zuge des VOR-Konzepts eine Lizenz erwirkt wurde. Der Preis ist jedoch genauso teuer, wie nach Steinabrückl oder Wöllersdorf – weil man die Stadtgrenze verlässt.

Die Gutscheinaktion der Vorgängerregierung (war eine Ausgleichsmaßnahme) wurde ja eingestellt und die vom Ortsbeirat vorgeschlagene „HA-Card“ wurde nie realisiert.

Mit der Zeit erkannten die Mitglieder des Ortsbeirates, dass sie nur hingehalten werden und gaben ihr gemeinnütziges Engagement auf.

Der Norden ist noch wie in der DDR-Zeit

Der Ausgrenzung der HA beim Bau der „Mülldeponie“ in den 1970er durch die Einstellung der Gemeindestraße wäre einer gerechten Stadtregierung NICHT passiert. Mag sein, dass damals die geplante Abtretung der HA an Steinabrückl eine Rolle spielte. Aber dem Bau der B 21 (Nordspange) zuzustimmen - OHNE die Folgewirkungen zu managen – ist eine unsoziale Politik, die ALLE Stadtregierungen danach betrieben haben.

Schwach ist auch die Opposition. Ob das an den Fähigkeiten liegt oder mit dem Erhalt von Ämtern zusammenhängt, kann ich nicht sagen. Bezeichnend ist aber, dass man sich zB für die Ostumfahrung stark macht und sogar Höchstgerichte einschaltet, die Nordspange aber - mit der Ausgrenzung der eigenen BürgerInnen - stillschweigend akzeptiert.

Die Desintegration der HA ist einzigartig in Österreich

Die Anwohner und Anwohnerinnen wurden nie über die Auswirkungen der Raumplanungen informiert. Statt Ausgleichsmaßnahmen im Sinne einer Gleichstellung zu treffen, wurde der Stadtteil jahrzehntelang von der Stadtpolitik ignoriert.

Erst eine Bürgerinitiative versuchte von der Stadtregierung eine klare Stellungnahme zur Zukunft der Heideansiedlung zu erhalten und der Stadtentwicklungsplan (STEP) sollte das geeignete Projekt sein, um sich ernsthaft mit der Exklave zu beschäftigen.

Aber schon die Anträge der Arbeitsgruppe HAre (vom Gemeinderat eingesetzt) wurden ERST NACH URGENZ bei der Landeshauptfrau vom Bürgermeister an das Stadtplanungsteam gelenkt – um dann doch auf eine OBJEKTIVE AUSARBEITUNG ZU VERZICHTEN. *Da der Bürgermeister schon vorher die Bereitschaft zur Abtretung der Ansiedlung an WÖST signalisierte, wird deutlich, dass er an einem Relaunch gar nicht interessiert war.*

Diese Situation ist einzigartig in Österreich. Wir Anwohnerinnen und Anwohner der Heideansiedlung haben das Recht auf Politikerinnen und Politiker, deren Handeln sich am Gemeinwohl ausrichtet und nicht an der Meinung eines Bürgermeisters, der schon als Gemeinderat an der Abschiebung der HA beteiligt war und auf halbem Weg stehen blieb.

Keine Chance für einen Ortsbeirat

Nach 10 Jahren will ich mich als Initiator der Bürgerinitiative ZURÜCKZIEHEN. Ich habe meine Möglichkeiten zur Reintegration der HA bei der Stadt- und Landespolitik parteiunabhängig ausgeschöpft und die Erfahrung gemacht, solange kein ortsansässiger Gemeinderat die Stimme erhebt, die HA bald wieder vergessen ist, denn wie kann es sonst sein, dass Wasser und Kanal aus Steinabrückl teurer ist, weil wir Städter sind, aber für Bus/Taxi aus Neustadt Überlandzuschläge bezahlen müssen, obwohl wir Städter sind?

Ich bin aber auch zum Schluss gekommen, dass die Bemühungen IM SINNE DES RECHTSSTAATES NICHT aufgegeben werden dürfen und lege deshalb den „Ortserneuerungsverein Heideansiedlung“ NUR STILL.

Das Problem lässt sich offenbar nur von der Judikatur lösen

Vielleicht finden sich junge Menschen, die sich für eine Politik einsetzen, die nach rechtsstaatlichen Prinzipien handelt und alle Stadtteile gleichstellt. Diese „erneuerte“ Bürgerinitiative sollte dann für den Stadtteil Heideansiedlung

- die VOLKSANWALTSCHAFT als Beschwerdeführer gegen die Stadt Wr. Neustadt und das Land NÖ gewinnen. Beschwerdegrund und Vorschläge finden sich in den „Anträgen der Heideansiedlung“ die von der Arbeitsgruppe HAre dem Gemeinderatsausschuss am 13.2.2017 präsentiert wurden.

Gelingt dies nicht, sollte sie

- die AnwohnerInnen über die nächsten Schritte informieren und bitten, sich an einem Crowdfunding (Gruppenfinanzierung) zu beteiligen um die Kampagnen- und Informationsarbeit finanziell zu unterstützen.
- Damit bliebe diese Bürgerinitiative weiterhin organisatorisch unabhängig, dafür aber finanziell handlungsfähiger, um einen RECHTSANWALT zu beauftragen, der eine Beschwerde beim VwGH einbringt und Klarheit über die Judikative schafft.

Die relevanten Anträge der HA finden Sie unter <http://www.heideansiedlung.at/blog>

Kontakt: walter.linshalm@smlt.at